



Briefe an die Redaktion

Leserbriefe stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Je kürzer eine Zuschrift ist, desto größer ist die Chance, veröffentlicht zu werden. Die Redaktion behält sich Kürzungen vor.

EuW 12-2006, „Vom Geschäftsführer zum Dienstvorgesetzten“

Aussage widerspricht der Rechtslage

Bei dem Artikel befremdet mich als erstes die Überschrift: „Vom Geschäftsführer zum Dienstvorgesetzten“. Es mag ja noch durchgehen die SchulleiterInnen von früher als GeschäftsführerInnen der Gesamtkonferenz zu sehen, aber Dienstvorgesetzte werden sie laut NSchG vom 17.06.06 nicht. Weiter unten im Text wird dies auch differenzierter betrachtet, allerdings ohne Nennung der Quelle, nämlich NBG § 3. Unsere Dienstvorgesetzten bleiben hoffentlich weiter in der Landesschulbehörde, oder wie immer diese Mittelbehörde demnächst heißen mag. Dienstrechtliche Befugnisse werden wohl einige in der Zukunft auf SchulleiterInnen übertragen, es fragt sich nur, wie fehlerfrei die Bearbeitung geschehen wird.

SchulleiterInnen sollen Maßnahmen zur Personalentwicklung treffen. „Dazu steht der Leiterin oder dem Leiter das Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gespräch einschließlich der Möglichkeit des Abschlusses von Zielvereinbarungen als Instrument zur Verfügung.“ heißt es in dem Artikel. Diese Aussage widerspricht der Rechtslage für die meisten Schulen in Niedersachsen und sollte nicht unkommentiert bleiben, auch wenn es dazu schon mehrere Artikel in EuW gab.

Der Leiter der LSchB in Lüneburg, Peter Uhlig, bestätigt in einem Schreiben vom 15.03.06 auch, dass es noch kein Konzept für Schulen gibt und es deshalb landesweit keine Anordnung zur Durchführung von MVG. Trotzdem wird es in Schulleiterqualifikationskursen gelehrt und auch die Schulinspektoren fragen danach!

Zur Einführung von MVG ist die Mitbestimmung des Personalrats unabdingbar. Auch sollten in einer Dienstvereinbarung dann die Einzelheiten geregelt werden. Ohne umfassende Vorbereitung des Kollegiums werden diese Gespräche leicht zu Disziplinierungsmaßnahmen, auch wenn sie nur „Orientierungs- und Bilanzgespräche“ heißen, wie an einigen Schulen, die Vereinbarungen auf freiwilliger Basis haben. Hilfen zur Abwehr bzw. zur freiwilligen Einführung geben die Schulbezirkspersonalräte.

Anne Mehring,
Mitglied im SBPR Braunschweig

Instrument MVG an Schulen nicht zulässig

In dem Artikel zur Stellung des Schulleiters bzw. der Schulleiterin wird behauptet, der Schulleiter habe die Möglichkeit, Qualitätssicherung auch mit dem Instrument des Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächs (MVG) zu betreiben und es könnten Zielvereinbarungen mit den Kolleginnen und Kollegen abgeschlossen werden.

Dies ist so nicht richtig!!!

Zur Einführung von MVG bedarf es eines förmlichen Mitbestimmungsverfahrens zwischen Dienststelle und Personalrat. Bisher hat es aber von Seiten des SHPR oder eines SBPR noch kein solches Verfahren gegeben. MVG oder wie auch immer diese Gespräche im kreativen Sprachgebrauch an Schulen getarnt werden, dürfen ohne diese personalrätliche Mitbestimmung nicht durchgeführt werden. Keine Kollegin, kein Kollege kann verpflichtet werden, sich einem solchen Gespräch zu unterziehen und jeder Kollege, jede Kollegin sollte tunlichst keine Zielvereinbarungen unterschreiben.



Ohne qualifizierte Schulungen der Gesprächsführenden (Schulleiter und Kolleginnen und Kollegen) kann solchen Gesprächen nicht zugestimmt werden.

Auch die Landesschulbehörde und das MK vertreten die Auffassung, dass es das Instrument MVG für Schulen noch nicht gibt, auch wenn es in der übrigen öffentlichen Verwaltung eingeführt ist. Dort hat aber die Mitbestimmung stattgefunden und die Beteiligten haben Schulungsangebote bekommen.

Die SBPR beraten Kolleginnen und Kollegen gerne, an die das Ansinnen zur Führung solcher MVG herangetragen wird.

Klaus Kucharski,
Mitglied im SBPR Hannover

EuW 12/2006, Hans Lehnert, „Danke an die GEW“

Auf den Punkt gebracht

Nach 37 Jahren ist unser GEW-Landesgeschäftsführer Hans Lehnert in den Ruhestand getreten. Für die von ihm geleistete Arbeit gebührt ihm viel Dank. Auch ich möchte diesen Dank an ihn ausdrücken, vor allem für sein „Abschiedsgeschenk“, nämlich die kurze Rubrik „Was ich noch sagen wollte“ in EuW Niedersachsen 12/2006. So prägnant und präzise wird selten auf den Punkt gebracht, warum wir gerade heute starke Gewerkschaften benötigen und was deren Aufgaben sind. Seine Aussagen eignen sich – vor allem auch wegen ihrer Kürze – hervorragend für jedes Werbe- und Info-Blatt der GEW und anderer Gewerkschaften.

Manfred Folkers, Oldenburg

38. Sonderpädagogisches Wochenende in Dorum vom 9. bis 11. März 2007

Selbstverantwortliches Lernen und Handeln in der „Eigenverantwortlichen Schule“?

Termin

Ab August 2007 wird das Arbeiten in unseren Schulen ganz anders und neu sein, wenn es nach den Vorstellungen und Aussagen der Landesregierung geht. Die letzten Gesetze zur „Eigenverantwortlichen Schule“ treten in Kraft und müssen umgesetzt werden. Bleibt alles anders? Mit Schulinspektion, Schulvorstand, Gesamtkonferenz mit begrenzter Zuständigkeit, zentralen Abschlussarbeiten, Vergleichsarbeiten in Klasse 8, individuellen Förderplänen, Kerncurricula und der Schulleiterin/dem Schulleiter als Dienstvorgesetzte(n) wird sich die Arbeit in den Förderschulen grundlegend verändern.

Die GEW-Fachgruppe Sonderpädagogik des Bezirks Lüneburg will gemeinsam mit dem vds-Verband Sonderpädagogik ein Forum bieten, sich auf wesentliche Elemente der schulischen

Arbeit zu besinnen. Wir setzen uns für selbstverantwortliches Lernen und Handeln in der Schule ein. Dieses Ziel wollen wir trotz Einführung der „Eigenverantwortlichen Schule“ beibehalten und verfolgen. Das Konzept der Landesregierung erscheint uns in Bezug auf selbstverantwortliches Handeln nur als Mogelpackung: Die einen erhoffen sich mehr Freiraum, die anderen wollen schneller und besser steuern.

Dorum 2007 soll dazu beitragen, dass wir uns trotz aller Widrigkeiten auch weiterhin für die Entwicklung von Unterricht und Schule stark machen. Deshalb laden wir alle Interessierten ein, sich für einen erfolgreichen schülerorientierten Unterricht fit zu machen und damit gegen ein „teaching to the tests“. Matthias Feuser, allen Kolleginnen und Kollegen noch durch seine en-

gagierte GEW-Arbeit in Niedersachsen bekannt, wird am Freitag das Eingangsreferat in der Strandhalle Dorum halten. Prof. Dr. Winfried Palmowski von der Universität Erfurt wird die Dorum-Tagung mit seinem Vortrag am Sonntag beenden.

Weitere Informationen sowie das gesamte Programm der Tagung sind im Internet auf folgenden Homepages zu finden:

www.gew-nds.de/sos/ oder www.vds-nds.de
Direkte Auskünfte unter:

Renate Ahlers-Göbel, Birkenstr. 62,
21737 Wischhafen, Tel. 0 47 70-12 00,
renate_ahlers-goebel@web.de oder

Ursula Schweer, Am Hochzeitswald 62, 27711
Osterholz-Scharmbeck,
Tel. 0 47 91-95 91 78, sakohz@t-online.de